

6 Arbeiterunruhen in Sichuan: Lohnrückstände, Konkurse und Korruption

In der Provinz Sichuan ist es in den letzten Monaten zu mehreren schweren Arbeiterunruhen gekommen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen Beschwerden über ausbleibende Lohnzahlungen in defizitären Staatsunternehmen, anstehende Konkursverfahren oder Klagen über die Veruntreuung von Regierungssubventionen und Bankkrediten, die zur Unterstützung der Belegschaften in zahlungsunfähigen Betrieben bestimmt waren.

Bereits im März kam es in Nanchong (Provinz Sichuan) zu schweren Unruhen: Mehr als 20.000 Arbeiter einer Textilunternehmensgruppe führten den der Korruption verdächtigten Fabrikdirektor in kulturrevolutionärer Manier durch die Stadt und belagerten Regierungsgebäude, um eine Lösung ihrer finanziellen Probleme zu erzwingen. Erst eine Intervention der Zentralregierung zugunsten der Arbeiter beendete die Massenproteste: Eine Staatsbank wurde angewiesen, Kredite für die Auszahlung der Lohnrückstände bereitzustellen. (SCMP, 19.6.1997) Von größeren Polizeimaßnahmen wurde im Falle Nanchongs nichts bekannt.

In Mianyang (ebenfalls in Sichuan) eskalierten Anfang Juli wochenlange Konflikte zwischen Belegschaft und Management in mehreren Textilfabriken, und es kam zu schweren Ausschreitungen: Arbeiter errichteten Barrikaden, blockierten mehrere Stunden den Verkehr und verwüsteten Geschäfte in der Stadt, als die versprochenen Hilfsmaßnahmen der Stadtregierung für die seit Monaten auf Lohnzahlungen wartenden Belegschaften ausblieben. Im Verlaufe der mehrtägigen Proteste kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei, die die Unruhen schließlich gewaltsam beendeten. (SCMP, 19./21.7.1997)

Die Arbeiterunruhen in der Provinz Sichuan signalisieren, was für einen brisanten sozialen und politischen Sprengstoff die Reform der chinesischen Staatsindustrie in sich birgt: Lohnrückstände und Konkursverfahren bilden in Kombination mit verbreiteter Korruption in Fabrikleitungen und lokalen Regierungen eine hochexplosive Mischung. Die Zahl der offen und verdeckt freigesetzten Arbeiter ist seit 1996 sprunghaft gestiegen, die chinesische Regierung scheint

willens, die überfällige Reform der Staatsindustrie voranzutreiben. Das soziale Konfliktpotential ist bisher nur durch großzügige staatliche Mittelzuweisungen (gewöhnlich nicht in Form von direkten Subventionen aus dem Staatshaushalt, sondern in Form von Krediten der Staatsbanken) im Zaum gehalten worden. Da die chinesische Regierung in der Reorganisation des Staatsektors aber zusehends auf härteren Budgetbeschränkungen besteht, ist für die kommenden Jahre eine erhebliche Zunahme von lokalen sozialen Unruhen zu erwarten. -hei-

7 Mieterproteste in Beijing: Sitzstreik vor Zhongnanhai

Mehrere hundert Mieter, die sich von der städtischen Umsiedlungspolitik und einer Wohnungsbaufirma betrogen fühlten, haben am Morgen und Vormittag des 20. Juni vor den Toren des Partei- und Regierungssitzes Zhongnanhai einen Sitzstreik abgehalten. Den Angehörigen einer Holzmaterialfabrik war versprochen worden, daß sie zu günstigen Konditionen Neubauwohnungen beziehen könnten, wenn sie ihre alten Wohnungen auf dem Fabrikgelände räumten. Die versprochenen neuen Wohnungen waren jedoch zum Zeitpunkt des Umzuges bereits an zahlungskräftigere andere Mieter vergeben worden.

Die Polizei beschränkte sich darauf, die Demonstranten von einem Eindringen in den Regierungssitz abzuhalten und ließ dem Sitzstreik für mehrere Stunden seinen Lauf. Erst am Nachmittag wurden die Demonstranten von neu angerückten Hundertschaften der Polizei ohne größere Gewaltanwendung in bereitgestellte Busse geleitet und offenbar zu ihren Notunterkünften außerhalb des Stadtzentrums zurückgebracht.

In den vergangenen Monaten war es bereits mehrfach zu kleineren Demonstrationen vor dem Sitz der Beijinger Stadtregierung gekommen, die sich ebenfalls um Wohnungsfragen oder auch um Lohnrückstände in maroden Staatsbetrieben drehten. Das Tor zur Regierungszentrale Zhongnanhai aber ist bisher gewöhnlich nur in Ausnahmephasen wie etwa der „Kulturrevolution“ oder der Protestbewegung von 1989 zum Ort von Demonstrationen geworden. Die gemäßigte Reaktion der Sicherheitskräfte, für die im Umkreis von Zhongnanhai höchste Alarmbereitschaft besteht, dürfte auf Anweisungen

aus der chinesischen Führungsspitze zurückzuführen sein: Gewaltsame Auseinandersetzungen im Zentrum Beijings sollen wohl möglichst verhindert werden, und die Proteste von Verlierern der Reformpolitik werden offenbar nicht mehr unterscheidungslos als partei- und staatsfeindlich eingestuft. (NZZ, 23.6.1997; SCMP, 21.6.1997) -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

8 Die zehn besten Universitäten Asiens: Darunter drei in Hongkong

In einer von der Zeitschrift *Asiaweek* vorgenommenen Rangordnung der zehn besten Universitäten Asiens rangieren drei Universitäten aus Hongkong. Nach den Universitäten Tokyo und Kyoto, die die beiden ersten Plätze erhielten, wurde die Hong Kong University an dritter Stelle platziert. Den fünften Platz erhielt die Chinese University of Hong Kong und den zehnten die Hong Kong University of Science and Technology. Aus Festlandchina ist nur die Beijing-Universität (Platz 7) vertreten, aus Taiwan die National Taiwan University (Platz 8). Auf Platz 6 kam die National University of Singapore, die Plätze 4 und 9 nehmen die University of New South Wales bzw. die University of Melbourne ein. Ausschlaggebend für die Bewertung waren u.a. die akademische Reputation, die Ausstattung der Fakultäten, die Auswahl der Studenten, das Verhältnis Lehrer-Studenten sowie die durchschnittlichen Gehälter und Vergünstigungen des Lehrpersonals.

Die Hong Kong University wurde 1911 gegründet und ist die älteste Universität Hongkongs. Sie bildet die meisten Angehörigen der öffentlichen Verwaltung aus. Die Chinese University wurde wegen ihres großen Campus und ihrer starken Bindung an die chinesische Kultur ausgewählt, die University of Science and Technology wegen ihrer guten Ausstattung und Studienmöglichkeiten. Mit zunehmendem Wohlstand in der Region, so heißt es von seiten der *Asiaweek*, drängen immer mehr junge Leute auf die Hoch-

schulen. Zudem sei ein Trend festzustellen, daß die Studenten in zunehmendem Maße in der Region anstatt im westlichen Ausland studieren. (SCMP, 15.5.97)

Daß drei Hongkonger Universitäten unter den zehn besten Asiens rangieren, weist Hongkong als wichtiges Bildungszentrum Ostasiens aus. Für Studenten aus Festlandchina wird es allerdings nicht ohne weiteres möglich sein, sich an eine Hongkonger Universität zu bewerben. Umgekehrt gehen jedoch schon jetzt viele Studenten aus Hongkong zum Studium aufs Festland - mit steigender Tendenz (vgl. dazu C.a., 1996/11, Ü 10). In diesem Jahr haben sich 1.200 Studenten aus Hongkong, Macau und Taiwan zu den Hochschulaufnahmeprüfungen in Festlandchina gemeldet (XNA, 28.6.97). Der größte Teil von ihnen kommt aus Hongkong.

Vorreiter einer Zusammenarbeit mit chinesischen Universitäten ist die Chinese University of Hong Kong, die seit Jahren Wissenschaftler- und Studentenaustausch mit inlandchinesischen Universitäten betreibt. Im Rahmen des in diesem Jahr eingeführten „China Career Development Award Programme“ werden in diesem Sommer 200 Studenten der Chinese University nach Beijing geschickt, um an der Qinghua- und der Beijing-Universität sowie in anschließenden Praktika geschult und auf diese Weise mit den Verhältnissen in Festlandchina vertraut gemacht zu werden (vgl. XNA, 28.5.97). -st-

9 Zentrum für Grundlagenforschung an der Qinghua-Universität

Anfang Juni wurde an der renommierten Beijinger Qinghua-Universität, deren Schwerpunkte naturwissenschaftliche und technische Fächer sind, ein Zentrum für Grundlagenforschung (Qinghua daxue gaodeng yanjiu zhongxin) gegründet. In Zusammenhang mit der Gründungsversammlung fand zugleich eine Tagung zum Thema „Perspektiven der Grundlagenforschung im 21. Jahrhundert“ statt. Zweck des neuen Zentrums ist die Weiterentwicklung der Grundlagenforschung. Das Forschungspersonal setzt sich aus Senior Research Fellows, Research Fellows, Gastwissenschaftlern und Post-Doc-Wissenschaftlern zusammen. Das Zentrum soll Anziehungspunkt für hervorragende Wissenschaftler des In- und Aus-

lands sein, desgleichen für begabte zurückgekehrte Auslandsstudenten und soll darüber hinaus auch Forschungsstudenten aus dem In- und Ausland aufnehmen. Das neue Zentrum soll sich zu einem internationalen Zentrum für Wissenschaftsaustausch von höchstem internationalen Niveau entwickeln. Durch die Errichtung des Zentrums erhofft man sich eine Anhebung des Gesamtniveaus der Qinghua-Universität. Entsprechend der internationalen Ausrichtung wurden zwei US-amerikanische Wissenschaftler chinesischer Herkunft zu Direktoren des Zentrums ernannt: der Physiker und Nobelpreisträger Prof. Yang Zhenning zum Ehrendirektor und der Physiker Prof. Nie Huatong zum Direktor.

An der Gründungsversammlung und Tagung nahmen zahlreiche namhafte chinesische und ausländische Wissenschaftler teil. Die bekanntesten unter ihnen wurden von Jiang Zemin empfangen. Dadurch, aber auch durch die Anwesenheit hochrangiger Politiker wie des stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Lanqing und des Staatsrats Song Jian, wurde die der Wissenschaft von offizieller Seite zugemessene Bedeutung unterstrichen. Diese kam auch in Li Lanqings Rede zum Ausdruck, in der er betonte, daß China die Strategie „Wiederaufstieg Chinas durch Wissenschaft und Bildung“ (*ke jiao xing guo*) verfolge, die von der Erkenntnis ausgehe, daß die Wirtschaft in hohem Maße von den Fortschritten in Wissenschaft und Technik und von der Anhebung des Bildungsniveaus der Bevölkerung abhängt. Im Hinblick auf das neue Zentrum wies Li auch darauf hin, daß China nur durch Wahrung eines hohen Niveaus in der Grundlagenforschung im internationalen Wirtschafts- und Wissenschaftswettbewerb bestehen könne. (Vgl. RMRB u. GMRB, 3.6.97)

China strebt für das 21. Jh. eine Position als große Wissenschaftsmacht an, sieht aber realistischerweise, daß es eine solche Stellung nicht im Alleingang erreichen kann. Deshalb verfolgt es die Internationalisierung seiner Wissenschaft nicht ohne Selbstzweck. Dabei wird ähnlich wie bei den ausländischen Akademiemitgliedern, die seit einigen Jahren an chinesische Akademien bestellt werden, auch im Falle des neuen Zentrums eine Zusammenarbeit mit renommierten ethnischen Chinesen bevorzugt. -st-

10 Hochschulaufnahmeprüfungen

Für die nationalen Hochschulaufnahmeprüfungen, die auch in diesem Jahr wie immer vom 7.-9.Juli stattfinden, haben sich über 2,84 Mio beworben; das sind 180.000 mehr als 1996 (XNA, 28.6.97). Von diesen 2,84 Mio sind 1,93 Mio, d.h. 68% oder gut zwei Drittel, diesjährige Absolventen der Mittelschuloberstufe. Die übrigen sind demnach älter, also entweder schon berufstätig gewesen oder Wiederholungsbewerber. Die größte Zahl der Kandidaten mit jeweils über 200.000 Bewerbern kommt aus den Provinzen Shandong und Henan. Nach dem staatlichen Plan werden in diesem Jahr gut eine Million Studienplätze vergeben (vgl. GMRB, 28.6.97). Das würde bedeuten, daß mindestens jeder dritte Bewerber einen Studienplatz erhält. Eine große Zahl von Universitäten ist autorisiert, zusätzlich Studenten außerhalb des Plans aufzunehmen. -st-

11 Stärkung der moralischen Bildung an Schulen

Die KPCh hat einen erneuten Vorstoß unternommen, die moralisch-ethische Bildung an den Schulen zu stärken. Mitte Juni 1997 fanden zwei mehrtägige Konferenzen zu diesem Thema statt, zum einen die 6. nationale Konferenz über den Parteaufbau an Hochschulen, zum anderen eine Konferenz über die Moralerziehung an Grund- und Mittelschulen. Die erste wurde von der Organisationsabteilung und der Propagandaabteilung der Partei sowie der Staatlichen Bildungskommission veranstaltet, die zweite von der Staatlichen Bildungskommission. Parteichef Jiang Zemin hielt vor den Teilnehmern beider Tagungen eine Rede, in der er zu ideologischer Festigkeit aufrief. Alle im Bildungswesen Beschäftigten - Kader, Lehrer und Studenten - müßten am Marxismus-Leninismus, dem Mao-Zedong-Denken und Deng Xiaopings Theorie vom Sozialismus chinesischer Prägung festhalten. Die ethische Erziehung sei die grundlegende Aufgabe aller Schulen, von ihr hänge der Erfolg der Strategie ab, China durch Wissenschaft und Bildung zur Blüte zu bringen, von ihr hingen Fortschritt und Schicksal des Landes ab. Besonderes Gewicht sei auf die Entwicklung der sozialistischen geistigen Kultur zu legen, die ein wichtiges Ziel, aber auch die Garantie für den Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung sei.

Hierfür spiele das Bildungswesen eine Vorreiterrolle für die ganze Gesellschaft.

Es gelte die Schüler und Studenten in Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus zu erziehen, ihnen die richtige Weltanschauung und die richtigen Werte zu vermitteln, damit aus ihnen „neue sozialistische Menschen mit Idealen, Moral, Bildung und Disziplin“ würden. Jiang forderte die Lehrer auf, die Rückkehr Hongkongs für die patriotische Erziehung zu nutzen. An ihr könne der lange Kampf des chinesischen Volkes für die nationale Unabhängigkeit und den Wiederaufstieg der chinesischen Nation exemplarisch verdeutlicht werden. (RMRB, GMRB, 12.6.97)

Tatsächlich gibt es wohl keine Schule in ganz China, an der das Ereignis der Rückkehr Hongkongs nicht gefeiert würde. Dennoch scheint die Partei mit der ideologisch-moralischen Bildung nicht zufrieden zu sein. Auf beiden Tagungen wurde bemängelt, daß Wissenserwerb und Erlangung guter Noten an den meisten Schulen wichtiger seien als moralische Bildung. Diese werde vielfach zu lasch gehandhabt; auch mangle es an sozialistischem Bewußtsein. Vor allem in bezug auf die Hochschulen wurde angeprangert, daß dort Korruption und ungute Tendenzen wie Pornographie, Glücksspiel und Drogen herrschten und kultureller Schund produziert würde; all dies müsse unterbunden und Ruhe und Ordnung müßten wiederhergestellt werden. (Vgl. RMRB, 13.6.97, S.5)

Zur Lösung dieser Probleme soll der Parteaufbau an den Hochschulen gestärkt werden. Die Lehrer sollen ideologisch geschult sein, und die Schüler und Studenten sollen auch an praktischer Arbeit teilnehmen. Von der Teilnahme an produktiver Arbeit verspricht man sich positive Rückwirkungen auf die moralische Bildung. Zugleich aber wird betont, daß diese nicht allein Aufgabe der Schule sei, sondern daß auch die Familie und die Gesellschaft als Ganzes mitzuwirken hätten. (Vgl. Kommentar in GMRB, 15.6.97) Die Partei möchte die Jugend mit den alten Methoden ideologischer Indoktrinierung disziplinieren. Dies wird ihr allerdings nur begrenzte Erfolge bescheren, denn wie überall in der Welt geht die Jugend neue Wege, die von der älteren Generation nicht immer verstanden werden. Bei einer Jugend, die einerseits von der weltweiten Jugendkultur beeinflusst ist und andererseits karriere-

bewußt ausgerichtet ist, können die konservativen Werte der Partei nicht viel ausrichten. -st-

12 Hundert Stätten für patriotische Erziehung

Die Propagandaabteilung des ZK der KPCh hat Mitte Juni hundert beispielhafte Stätten für patriotische Erziehung verkündet. Der Zeitpunkt wurde mit Bedacht gewählt, nämlich im Hinblick auf die Rückgabe Hongkongs, die die Partei dazu benutzt, im chinesischen Volk eine Welle des Patriotismus zu erzeugen. Die hundert Plätze sollen als Anschauungsmaterial für den patriotischen Geist des chinesischen Volkes dienen, der angeblich „das tiefste historische Gefühl des chinesischen Volkes“ ist und damit für die gesamte Geschichte Chinas prägend gewesen sein soll. Entsprechend umfaßt die jetzt veröffentlichte Liste Stätten aus der alten, modernen und neuesten Geschichte. Wie es in einem Kommentar der Xinhua-Nachrichtenagentur heißt, sollen die Stätten der alten Geschichte, zu denen z.B. das erst vor einigen Jahren wiederhergestellte Grab des mythischen Gelben Kaisers in Shaanxi und die Große Mauer zählen, Zeugnis von den großartigen Kulturleistungen der Vorfahren im Laufe der fünftausendjährigen Geschichte ablegen. Die Plätze der modernen Geschichte, wie etwa das Museum über den Opiumkrieg in Humen/Guangdong oder der Ort der Unterzeichnung des Nanjinger Vertrages zwischen China und Britannien 1842, sollen an die Schmach erinnern, die dem chinesischen Volk durch das Eindringen der ausländischen Gegner zugefügt wurde, und an seinen mutigen Kampf für Freiheit, nationale Würde und staatliche Souveränität. Zu den denkwürdigen Plätzen der jüngeren Vergangenheit gehören z.B. der Ort des ersten Kongresses der Kommunistischen Partei Chinas in Shanghai und die revolutionären Stätten in Yan'an. Sie sollen die Botschaft vermitteln, daß China nur durch den Sozialismus gerettet werden konnte, daß „die Kommunisten die großartige Tradition der chinesischen Nation ererbt und weiterentwickelt haben und daß sie im Kampf für die nationale Unabhängigkeit und die Wahrung der staatlichen Souveränität die größten Opfer gebracht und den größten Beitrag geleistet haben“. Schließlich gibt es noch Stätten, die an sozialistische Helden der Volksrepublik erinnern, die einen vorbildlichen, selbstlo-

sen Beitrag für das Vaterland und den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung geleistet haben; diese Erinnerungsstätten sollen dokumentieren, daß Patriotismus und Sozialismus zusammengehören und eine Einheit bilden.

Zweck der patriotischen Erziehung anhand dieser Stätten soll es sein, insbesondere die Jugend mit dem Geist des Patriotismus zu erfüllen und sie dazu anzuhalten, „das Banner des Patriotismus hochzuhalten“. Durch das Band des Patriotismus werde das ganze Volk zusammengehalten, würden alle Nationalitäten geeint und werde die Einheit des Staates bewahrt. (RMRB, GMRB, 11.6.97)

Die Liste der hundert Stätten wurde in den großen Tageszeitungen veröffentlicht (vgl. ebd.). Bei den ausgewählten Plätzen wurden alle 31 Einheiten auf Provinzebene berücksichtigt, womit zum Ausdruck gebracht werden soll, daß jede Provinz und jedes autonome Gebiet einen eigenen Beitrag für das Vaterland geleistet haben. Es gibt jedoch einen auffallenden Unterschied zwischen den hanchinesischen Provinzen und den autonomen Gebieten. Während für die ersten zahllose Stätten der älteren Geschichte aufgeführt sind, ist dies bei den Nationalitätengebieten nicht der Fall. Nimmt man einmal Ningxia aus, für das das Ningxiaer Museum angegeben ist, so betreffen die Stätten der übrigen vier autonomen Gebiete durchweg die mit der KPCh oder der Volksrepublik verbundene Geschichte des 20. Jh. Damit soll bezweckt werden, den Identitätsrahmen weg von der eigenen Ethnie auf das ganze China auszuweiten. Diese Absicht wird besonders bei Tibet deutlich. Anstatt den Potala-Palast aufzuführen, der mit dem gleichen Recht hätte ausgewählt werden können wie der alte Kaiserpalast in Beijing, wurden zwei Gedenkstätten erkoren, die China zur Legitimation seines Herrschaftsanspruchs nutzen kann: zum einen ein Märtyrermuseum, zum anderen die Gedenkstätte des Widerstands gegen England in Jiangzi. An diesem letzten Ort wurde im Jahre 1904 die tibetische Armee von einem britisch-indischen Expeditionsheer besiegt. Die Geschichte dürfte an diesem Platz im Sinne des Angriffs auf das chinesische Reich und des Widerstands des gesamten chinesischen Volkes interpretiert werden. Dabei wird geflissentlich übersehen werden, daß Großbritannien im Anschluß an die Niederlage einen Vertrag mit Tibet schloß, der als einziger internationaler

Vertrag gelten kann, der mit Tibet un-mittelbar, d.h. ohne chinesische Beteiligung, zustande kam. (Bereits 1906 mußte Britannien allerdings die chinesische Oberhoheit über Tibet vertraglich anerkennen.)

Die Verkündung der 100 Stätten für patriotische Erziehung reiht sich ein in eine ganze Serie von Maßnahmen zur Förderung der Erziehung zu Patriotismus. Im September 1994 veröffentlichte das ZK ein „Programm zur Durchführung patriotischer Erziehung“ (vgl. C.a., 1994/9, Ü 22). Als weitere Schritte wurden von der ZK-Propagandaabteilung hundert patriotische Filme und hundert patriotische Bücher ausgewählt. Die *Guangming-Zeitung* stellt in loser Folge die einzelnen Stätten vor. -st-

13 Nationale Kampagne gegen Drogenmißbrauch

Die wachsende Zahl von Drogenabhängigen zwingt die chinesischen Behörden zu wirksameren Maßnahmen im Kampf gegen den Drogenhandel und -konsum. Nach der jüngsten Erhebung des Staatlichen Drogenkontrollkomitees soll die Zahl der Drogenabhängigen in ganz China 1995 gut 520.000 betragen haben. Da in dieser Zahl jedoch nur die offiziell registrierten Abhängigen enthalten sind, dürfte die tatsächliche Zahl nach Meinung von Experten um ein Vielfaches höher liegen (XNA, 27.6.97). Rund 80% der offiziell registrierten Drogenkonsumenten sollen unter 35 Jahre alt sein, d.h. betroffen sind zum größten Teil Jugendliche, insbesondere Studenten, aber auch Mittel- und sogar Grundschüler. Wenn auch der Süden Chinas häufiger mit dem Drogenproblem konfrontiert ist, so sollen dem Bericht zufolge mittlerweile 70% der Städte und Kreise Chinas mit dem Problem zu tun haben.

Inzwischen wird Drogenmißbrauch als ein so ernstes Problem angesehen, daß man eine Beeinträchtigung der gesunden Entwicklung des Volkes und des Wiederaufstiegs der Nation befürchtet. Auch das Ansteigen der Jugendkriminalität wird auf den zunehmenden Drogenkonsum zurückgeführt. Zwar steht auf Drogenhandel in China die Todesstrafe, aber dies kann offensichtlich die Ausbreitung des Drogenmißbrauchs nicht nachhaltig einschränken. Gerade in jüngster Zeit wurden laut SCMP wieder zahlreiche Hinrichtungen von Drogenhändlern bekannt; das Blatt

spricht von über 100 „in den letzten Tagen“ (vgl. SCMP, 21.6.97). Besondere Stimmen, wie z.B. ein Wissenschaftler der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, weisen denn auch darauf hin, daß das Ansteigen des Drogenkonsums hauptsächlich auf Unwissenheit zurückzuführen sei und daß es umfangreicher Aufklärung unter der Jugend bedürfe.

Hier scheint bei der Regierung jetzt ein Umdenken in Gang zu kommen. Während das Drogenproblem bisher eher als Randproblem gesehen und weitgehend totgeschwiegen wurde, geht man jetzt zu Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit über. So wurde eine landesweite Kampagne gegen Drogenmißbrauch eingeleitet, die von April bis September dauern soll und im Juni ihren Höhepunkt erreichte - zum einen wegen des internationalen Tages gegen Drogenmißbrauch, der auf den 26. Juni fällt, zum anderen, weil man die Rückgabe Hongkongs dazu benutzen konnte, auf den Opiumkrieg von 1839/40 und „die Leiden, die dem chinesischen Volk durch das Opium in seiner modernen Geschichte zugefügt worden waren“ hinzuweisen (Xinhua Inlanddienst, Beijing, 24.6.97, nach SWB, 28.6.97). Im Rahmen der laufenden Kampagne wurden jetzt alle Jugendligaorganisationen durch ein Rundschreiben des Staatlichen Drogenkontrollkomitees und des ZK der Jugendliga aufgefordert, die Jugend im ganzen Land zur Teilnahme am Kampf gegen Drogen zu mobilisieren. Vor allem sollen Erziehungsaktivitäten entfaltet werden mit dem Ziel, Kenntnisse über die Gefahren des Drogenkonsums unter Jugendlichen zu verbreiten, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den Bildungsbehörden. Seit dem letzten Jahr wird an vielen Schulen außerregulärer Lesestoff zu diesem Thema verteilt. Darüber hinaus leisten Jugendligaorganisationen in Zusammenarbeit mit den Bildungsbehörden selektiv Aufklärungsarbeit an Hoch-, Mittel- und Grundschulen und bieten Beratungsdienste an.

Bislang scheint der Kampf gegen Drogenmißbrauch jedoch noch keine nachhaltigen Erfolge zu zeitigen. Dazu wird das Problem in der Öffentlichkeit zu wenig wahrgenommen und herrscht zumal unter der Jugend zu große Unwissenheit über die Gefahren von Drogen. Bisher haben die Behörden ihre Hauptarbeit in der Jagd auf Drogenhändler und der Verhängung harter Strafen gesehen. Jetzt muß der Schwerpunkt auf die Erziehungsarbeit gelegt werden. Pläne gehen da-

hin, Aufklärungstexte über Drogen in die Standardlehrbücher aufzunehmen (SCMP, 21.6.97). Wie Zhang Baoqing, stellvertretender Bildungsminister und Mitglied des Staatlichen Drogenkontrollkomitees, in einem Interview betonte, komme es sowohl auf sachliche Information als auch auf allgemeine politisch-moralische Bildung der Jugend an. Es gelte aus den schmerzlichen Erfahrungen der Geschichte zu lernen, insbesondere des Opiumkrieges, als „vor 150 Jahren der Imperialismus China mit Opium und Kanonen öffnete und das chinesische Volk in den elenden Abgrund einer halbkolonialen, halbfeudalen Gesellschaft stürzte“. Zugleich wies er darauf hin, daß die Aufklärungsarbeit nicht nur Aufgabe der Schulen sei, sondern daß die Eltern der Jugendlichen ebenso wie die ganze Gesellschaft mithelfen müßten. (GMRB, 28.6.97)

Jüngste Maßnahme im Kampf gegen Drogen sind öffentliche Gelöbnisse von Schulkindern, Drogenmißbrauch zu bekämpfen. Im Juni nahmen Millionen von Schülern in Guangdong, Fujian und Yunnan an derartigen Massenveranstaltungen teil. Zudem werden immer mehr Rehabilitationszentren für Drogenabhängige eingerichtet. Das beste soll sich in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen befinden. Zwei Drittel der Patienten dort sind Studenten, Schüler und arbeitslose Jugendliche. Zwischen 1991 und 1996 wurden dort 6.000 Abhängige zwangseingewiesen. Von diesen waren 59% zwischen 12 und 25 Jahren. (XNA, 27.6.97) -st-

14 Film über den Opiumkrieg angelaufen

Der chinesische Historienfilm „Der Opiumkrieg“ (*Yapian zhanzheng*), der eigens im Hinblick auf die Rückkehr Hongkongs gedreht wurde, ist im Laufe des Juni in den Kinos Festlandchinas und Hongkongs angelaufen. Vorab fand in Beijing die Premiere für fast eintausend geladene Gäste statt, darunter politische Prominenz wie Außenminister Qian Qichen und Politbüromitglied und Staatsrat Li Tieying. (RMRB, 10.6.97)

Die Dreharbeiten zu diesem längsten (2 1/2 Stunden Dauer) und teuersten (fast 100 Mio. Yuan) chinesischen Film hatten im Mai 1996 begonnen und dauerten nur ein knappes Jahr. In dem Film wirken 50.000 Menschen mit, darunter über 3.000 Ausländer.

Die Hauptrollen sind mit Schauspielern aus China (Pao Guoan), Taiwan (Lang Xiong) und Britannien (Bob Peck, Simon Williams) besetzt. Drehorte waren die historischen Plätze des Opiumkriegs in China wie Humen, Guangzhou, Beijing usw., aber auch in Britannien. Ein Drittel des Films wurde in englischer Sprache gedreht. Xie Jin, einer der bekanntesten Regisseure Chinas und Direktor des Instituts für Film- und Fernsehkunst an der Universität Shanghai, hat die Regie geführt. Er gehört zum Establishment des chinesischen Films und soll gute Beziehungen zur politischen Führung unterhalten. Dies wird durch die Tatsache bestätigt, daß Xie Jin für sein Filmprojekt die Unterstützung der Politischen Konsultativkonferenz erhielt, deren Mitglied er ist (GMRB, 11.6.97, S.6). Trotzdem besteht Xie Jin darauf, daß „Der Opiumkrieg“ ein unabhängiger Film ist; es sei kein Geld von der Regierung geflossen, vielmehr sei die Finanzierung über eine Bank und private Firmen erfolgt. Auch möchte er den Film nicht als politisches Werkzeug verstanden wissen. Dennoch ist die Botschaft des Films klar: Der Opiumkrieg war eine Schande für England. Xie Jin betont, der Film wolle die historischen Fakten darstellen, auch die britischen Schauspieler hätten den Film nicht als antibritisch aufgefaßt. (Ebd.)

Übrigens wurde für die Vermarktung des Films eigens ein Unternehmen gegründet: die „Opium War Film and Television Company“. Deren Hauptanteilseigner sind die Sichuan Chengdu Huitong City Bank zusammen mit Xie Jins eigener Firma, der Shanghai Jingwen Investment Company, und der chinesischen National Culture Promotion Society. (SCMP, 15.6.97) Es ist vor allem an den Vertrieb im Ausland gedacht. Der Regisseur nutzte seine Teilnahme an den Filmfestspielen in Cannes, wo der Film allerdings nicht nominiert war, zu entsprechenden Kontakten. U.a. haben die südostasiatischen Länder, Japan, Südkorea, Italien, Frankreich, Deutschland und die USA den Film bereits gekauft (GMRB, 11.6.97). -st-

15 China verteidigt seine Religionspolitik

Die VR China hat US-amerikanische Kritik an ihrer Religionspolitik und Vorwürfe, in China würden Religionsangehörige verfolgt, zurückgewiesen. Der Hintergrund ist, daß sich konservative christliche Kreise in den USA

gegen die Absicht des Kongresses gewandt haben, Chinas Status als meistbegünstigte Nation zu erneuern mit der Begründung, in China würden religiöse Gruppen verfolgt und werde die Religionsfreiheit eingeschränkt (vgl. IHT, 10.6.97). Auf einer Pressekonzferenz verteidigte der Leiter des Büros für religiöse Angelegenheiten unter dem Staatsrat Ye Xiaowen die chinesische Religionspolitik, indem er eine längere Rede zu religionspolitischen Fragen in China hielt (vgl. XNA, 10.6.97). Seinen Ausführungen zufolge ist China ein Land mit vielen Religionen, unter denen er namentlich Buddhismus, Daoismus, Islam und Christentum nannte (letzteres unterteilt nach Katholizismus, Protestantismus und Orthodoxer Kirche). Die Zahl der Gläubigen in China gab er mit über 100 Millionen an, was bedeutete, daß etwa jeder zehnte chinesische Staatsbürger einer Religion anhängt. In Wirklichkeit dürfte die Zahl der Religionsangehörigen weitaus höher liegen, da sich nicht alle Gläubigen registrieren lassen. So nannte Ye z.B. für die Katholiken die Zahl 4 Mio., während die Katholische Kirche mit 10-12 Mio. rechnet (vgl. *China heute*, Nr.1/83 (1996), S.27).

Einen Schwerpunkt in Yes Rede stellten die Ausführungen zur Religionsfreiheit dar, die China in der Verfassung und diversen anderen Gesetzen schützt. Dort sind die Grundsätze niedergelegt, daß der Staat die Freiheit der Religion respektiert und schützt und diese als persönliche Angelegenheit betrachtet, daß er „normale religiöse Aktivitäten“ schützt und am Prinzip der Trennung zwischen Staat und Religion und zwischen Religion und Bildung festhält. Religiöse Gruppen müssen allerdings die Verfassung und die Gesetze achten, die Interessen des Volkes schützen, die Solidarität zwischen den ethnischen Gruppen aufrechterhalten und die Einheit des Vaterlands bewahren. Ferner müssen alle Religionen eine Politik der Unabhängigkeit verfolgen und sich jeglicher Einmischung von außen enthalten. Auch müssen alle religiösen Stätten wie Tempel und Kirchen offiziell registriert sein. Die staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten auf allen Verwaltungsebenen sind gehalten, einerseits die Religionsfreiheit der Bevölkerung zu schützen, andererseits für die Einhaltung der Gesetze zu sorgen, sei es, daß sie darauf achten, daß keine illegalen religiösen Aktivitäten entfaltet werden, sei es, daß sie die Gläubigen vor illegalen Übergriffen der Behörden schützen.

Insgesamt war es das Anliegen Ye Xiaowens, die Situation der Religionsgemeinschaften in China als unproblematisch darzustellen. Als Kern seiner Ausführungen muß folgende Aussage betrachtet werden: „In der heutigen Welt kommt es überall immer wieder zu ethnischen Streitigkeiten und religiösen Konflikten; in China jedoch wird eine stabile und harmonische religiöse Atmosphäre aufrechterhalten.“ In China, so heißt es weiter, respektierten die verschiedenen ethnischen Gruppen, religiösen Organisationen, Religionsangehörige und Nichtgläubige einander, lebten in Harmonie miteinander und arbeiteten gemeinsam zum Wohle des Vaterlandes. China sei ein Land, das politische Stabilität, wirtschaftlichen Wohlstand, ethnische Einigkeit und soziale Ruhe genieße. Dies zeige, daß China seine religiösen Angelegenheiten erfolgreich handhabe. Als Teil dieses Erfolges werden auch die freundschaftlichen Beziehungen mit Vertretern religiöser Gemeinschaften im Ausland gewürdigt und Stimmen ausländischer Politiker angeführt, die sich positiv über Gottesdienstbesuche in China geäußert haben.

Zum Schluß ging der Leiter des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten auf bestimmte religiöse Zwischenfälle ein, bei denen es in jüngster Zeit zu Verhaftungen gekommen ist und die von Seiten des Auslands, vor allem der USA, kritisiert worden waren. Die Vorwürfe aus dem Ausland, so der Sprecher, seien völlig ungerechtfertigt und eine böswillige Unterstellung. Denn bei diesen Vorfällen handle es sich durchweg um eine kleine Anzahl von „Kulten“, die gegen die Interessen des Volkes und die Gesetze verstoßen sowie die Gesellschaft destabilisiert haben. Diese kleinen religiösen Gruppen hätten Häresie verbreitet, die Menschen durch Aberglauben getäuscht und deren Gesundheit geschadet sowie sich anderer Verbrechen schuldig gemacht. Namentlich nannte er die „Etablierte Königssekte“, die in Anhui wirkte und das Land in ihrem Geiste einigen wollte. Deren Führer soll u.a. junge Mädchen sexuell mißbraucht haben. Als weiteres Beispiel führte er die „Holistische Sekte“ an, die sich in Henan eine Basis aufgebaut und mit endzeitlichen Parolen Anhänger geworben hatte. Die Führer beider Sekten seien zu Recht bestraft worden, schließlich sei man z.B. auch in den USA und Japan gegen extreme Sektenführer vorgegangen.

Wie an anderer Stelle berichtet wurde, ist der Führer der erstgenannten Sekte hingerichtet worden, und der andere Sektenführer sitzt im Gefängnis (SCMP, 7., 9., 10. u. 24.6.97). Tatsächlich scheint es sich bei diesen Gruppierungen um radikale Sekten zu handeln, die mit unlauteren Methoden Anhänger werben. Aus chinesischer Sicht werden die Führer nicht aus religiösen, sondern aus strafrechtlichen Gründen verfolgt. Dahinter steht nicht zuletzt die Angst der Behörden vor sozialen Unruhen. Es hat sicherlich auch historische Gründe, daß das Treiben von Sekten in China mit Argwohn betrachtet wird, denn die meisten Aufstandsbewegungen der chinesischen Geschichte wurden durch religiöse Sekten begründet. Im übrigen hat auch der Präsident des Chinesischen Christenrates Han Wenzao das Vorgehen gegen die Sektenführer gutgeheißen (XNA, 24.6.97). -st-

begünstigung für die USA selbst haben könnte. Standardargument ist hierbei u.a. die Anzahl von bereits 170.000 Arbeitsplätzen in den USA, die vom Handel mit China abhängen. (XNA, 21.5.97) Würden die Importe aus China wegfallen, so verteuerten sich nach Berechnungen des US-Handelsministeriums die Produkte für die amerikanischen Konsumenten um 590 Mio. US\$. Vor allem ärmere Bevölkerungsschichten würden hiervon stark betroffen werden. Befürworter der Clinton-Politik weisen ebenfalls auf die Folgen hin, die bei einer Nichtverlängerung für Hongkong entstehen würden. Da ein Großteil des bilateralen Außenhandels über Hongkong abgewickelt wird, wären nach Aussage von US-Außenministerin Albright 85.000 Arbeitsplätze in Hongkong gefährdet. (FAZ, 13.6.97; HB, 26.6.97)

Im Vorfeld der Abstimmung im Repräsentantenhaus hatte der US Business and Industrial Council Anfang Juni einen Bericht veröffentlicht, der auf die Gefahren für Arbeitsplätze und Unternehmen im Zusammenhang mit chinesischen Importen mit hoher Wertschöpfung hinwies. Die Organisation, die rd. 1.000 kleine und mittelgroße Unternehmen vertritt, warnte in dem Bericht, daß die wachsenden Importe von in China hergestellten Telekommunikationsanlagen, elektrischen Maschinen und Computern überwiegend auf die (Joint-Venture-)Produktion von multinationalen US-Unternehmen zurückgingen. Überschüsse im bilateralen Handel habe China inzwischen auch bei Industriemaschinen, Instrumenten und pharmazeutischen Produkten. Diese Entwicklung stimme nicht mehr mit dem Bild überein, das die großen US-Unternehmen von China als einem Land zeichnen, das Produkte mit einer geringen Wertschöpfung exportiere, die aufgrund der Lohnkosten nicht mehr in den USA produziert werden könnten. Der Bericht mit dem Titel „Made in China?“ weist weiterhin auf die merkantilistische Handelspolitik Chinas hin, die keine tatsächliche Markterschließung durch die USA zulasse. (FT, 11.6.97) -schü-

Außenwirtschaft

16 US-Repräsentantenhaus bestätigt Meistbegünstigung für China

In einer Abstimmung Ende Juni d.J. hat die Mehrheit der Abgeordneten des US-Repräsentantenhauses (259 gegen 173 Stimmen) für die Entscheidung des Präsidenten gestimmt, die Meistbegünstigung für China zu verlängern. Der Abstimmung war wie in den letzten Jahren ein Antrag der Republikaner vorausgegangen, China aufgrund der Verletzung von Menschenrechten, Weiterverbreitung von Kernwaffentechnologien, Verstößen gegen internationale Handelsregeln etc. keine Zollvergünstigungen einzuräumen. Argumentiert wird von den Gegnern der Clinton-Politik, daß die bisherige Politik des Entgegenkommens keine Wirkung gezeigt und die Menschenrechtssituation sich sogar noch verschlechtert habe. Die Anzahl der Stimmen für die Politik des Präsidenten fiel zwar etwas geringer aus als 1996 (286 Stimmen), wird jedoch trotzdem als deutliche Unterstützung einer Politik des „konstruktiven Engagements“ gewertet. (NZZ, 6.6.97; FAZ, 13.6.97)

Die pragmatische Politik der USA gegenüber China basiert insbesondere auch auf Überlegungen, welche Folgen eine Nichtverlängerung der Meist-

Anfang Juni wurde in Beijing eine gemeinsame Erklärung zwischen der Europäischen Union (EU) und China unterzeichnet, die eine Ausweitung der

Zusammenarbeit im Bereich Telekommunikation und Information vorsieht.

Es soll eine Arbeitsgruppe aus Beamten und Unternehmensvertretern gebildet werden, die Fragen der Standardisierung und Regulierung des Telekommunikationssektors diskutieren soll. Weiterhin sollen die Gründung von Joint Venture-Unternehmen und die wissenschaftliche Zusammenarbeit gefördert sowie ein Dialog zwischen der europäischen und chinesischen Industrie initiiert werden.

Die Frage des Zugangs zum relativ verschlossenen chinesischen Telekommunikationsmarkt ist für die europäischen Industrien von besonderer Bedeutung. Dies wird auch als einer der Gründe betrachtet, warum Chinas Aufnahme in die WTO bisher noch nicht erfolgt ist. (AWSJ, 5.6.97; XNA, 5.6.97)

Im Außenhandel hat die Europäische Union mit der Region „Großchina“ nach Angaben von Eurostat in Brüssel das Außenhandelsvolumen zwischen 1990 und 1996 mehr als verdoppelt. Während die Exporte der EU von 18,2 Mrd. ECU auf 41,9 Mrd. ECU stiegen, erhöhten sich die Importe von 28,0 Mrd. ECU auf 50,1 Mrd. ECU. Damit sank das Defizit der EU von 9,8 Mrd. ECU auf 8,14 Mrd. ECU. Mit fast 90% bestand der überwiegende Teil der EU-Lieferungen aus Industrieprodukten, insbesondere Erzeugnisse des Maschinenbaus und Transporterzeugnisse. Mit fast zwei Dritteln entfiel auf elektrische Geräte und Produkte der Datenübermittlung der Hauptanteil der Importe aus China, Taiwan und Hongkong. (NZZ, 21./22.6.97) -schü-

18 Deutsche Telekom in China

Mitte Juni d.J. unterzeichnete die Deutsche Telekom AG mit der China International Telecommunications Construction Corp. (CITCC) eine Absichtserklärung über eine Kooperation. Die Zusammenarbeit soll sich auf die Nutzung neuer Techniken und die Entwicklung von Diensten erstrecken und sieht die Beteiligung der Deutschen Telekom am Aufbau der chinesischen Infrastruktur für die Telekommunikation vor.

Nederkoorn, Vorstand für den Geschäftsbereich Internationales bei der Deutschen Telekom, weist bei einem Vergleich zwischen Japan und China auf die Besonderheiten des chinesischen Marktes hin. Während der